



Bürgerinitiative  
Lebensraum Weiler  
In der Bündt 12  
6837 Weiler



Verein Bodenfreiheit  
Mähdlestraße 29  
6922 Wolfurt

**INITIATIVE  
LUDESCH**  
– für einen  
lebenswerten  
Walgau

Bürgerinitiative  
„Initiative Ludesch“  
Wingert Geissberg 19  
6713 Ludesch



Naturschutzbund  
Landesgruppe VlbG.  
Schulgasse 7  
6850 Dornbirn

An  
die Mitglieder des Raumplanungsbeirats und ihre StellvertreterInnen

Nachrichtlich an den  
Vorsitzenden des Raumplanungsbeirats, Herrn Landesstatthalter Mag. Karl-Heinz Rüdisser  
und an die Medien

02. Mai 2019

## **Offener Brief: Bürgerinnen und Bürger als Gewinner bei sorgsamem Umgang mit Grund und Boden**

Wertes Mitglied des Raumplanungsbeirats,

Bis 2035 soll Vorarlberg „der chancenreichste Lebensraum für Kinder“ werden. Der enorme Druck auf die letzten verbliebenen Freiflächen im Rheintal und Walgau lässt befürchten, dass „chancenreich“ bis dann nicht mehr durch landwirtschaftliche Wertschöpfung, naturnahe Freiflächen und Freiflächen für Freizeit- und Erholung beschrieben werden kann und „Lebensraum“ durch „Industriestandort“ ersetzt werden muss. Dass es nicht soweit kommt, liegt auch in Ihrer Verantwortung als beratende Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung in Sachen Raumplanung.

2017 erlebte Vorarlberg einen Erfolg in Punkto sparsamer Umgang mit Fläche: Bäckermeister Ölz entschied sich, auf kleinerer Fläche in gewidmetem Betriebsgebiet anstatt in der Landesgrünzone zu bauen. Wertvoller Boden konnte für das Gemeinwohl erhalten werden, Arbeitsplätze und Wachstum entstehen am erweiterten Standort in Dornbirn. Ein Schritt, der Hoffnung für die Zukunft machte.

Die Grünzone ist seither landesweit Thema und im Interessensfeld der Bürgerinnen und Bürger. Sie nehmen dabei einen klaren Standpunkt ein, der in Anhörungs- und Auflageverfahren in Form sachlich fundierter, kritischer Stellungnahmen eingebracht wird. In besonderem Maße wurde das auch im BürgerInnen-Rat vom September 2017 deutlich, bei dem die Bewahrung der Landesgrünzone eine der zentralen Forderungen war.

Spätestens seit Anfang diesen Jahres sind der Klimawandel und seine Auswirkungen als eine der größten Herausforderungen für die Menschheit anerkannt (vgl. dazu auch den World Risk Report 2019 des World Economic Forum<sup>1</sup>). Eine zentrale Rolle dabei spielt der Bodenverbrauch. Die Zusammenhänge und Auswirkungen sind vielen EntscheidungsträgerInnen in Wirtschaft und Politik in Vorarlberg aber offenbar zu wenig bewusst oder werden ignoriert, wie u.a. geplante großflächige Herausnahmen von Flächen aus der Landesgrünzone zeigen.

Wir sehen diese beabsichtigten Zugriffe als dramatisch falsche Entscheidungen und Entwicklungen an. Wirtschaft und Industrie wollen den Eindruck vermitteln, dass ohne Erweiterungen in die Landesgrünzone kein Wachstum möglich ist, Konkurrenzfähigkeit und Arbeitsplätze verloren gehen. Uns ist sehr wohl bewusst, dass Wohlstand und Lebensqualität

<sup>1</sup> <https://www.weforum.org/reports/the-global-risks-report-2019>

in Vorarlberg auch auf einer florierenden Wirtschaft beruhen. Es fehlt jedoch jegliches Anerkennen der begrenzten Ressource Boden als zentrale Leitplanke einer Entwicklung und eine damit einhergehende Suche nach alternativen Entwicklungspfaden. Ob es Verdichtungen im Industriebau, sparsamerer Umgang mit Fläche bei Parkplätzen oder Verkehrswegen ist. Vor allem aber fehlt eine grundlegende Diskussion, ob flächenintensive Industriezweige in Vorarlberg zentrale Entscheidungen dominieren sollen, oder ob es nicht sinnvoller wäre, innovativen, flächen- und ressourcenschonenden und damit zukunftssträchtigen Branchen den Vorzug zu geben.

Diese Entwicklung verfolgen wir deshalb mit größter Sorge. Die aktuellen Beispiele in Nenzing, Fußach, Ludesch, aber auch anstehende Pläne in anderen Gemeinden des Rheintals und des Walgaus machen deutlich, wie sorglos ein Jahr nach der 40-Jahr-Feier für die Landesgrünzone mit dieser zentralen raumplanerischen Errungenschaft Vorarlbergs umgegangen wird. Uns bewegt zu dieser Kritik kein Eigeninteresse sondern die langfristige Bemühung zum Erhalt der Lebensqualität für alle Menschen in unserem Land.

### **Stichwort Kompensation**

Die Gutachten im aktuellen Bericht des Landes Vorarlbergs zur Erweiterung der Firma Hydro in Nenzing sprechen davon, dass die Grünzone durch die eingebrachten Ausgleichsflächen an Fläche gewinnt. Wenn allerdings die Straße entlang der Ill mitgerechnet wird und künftig als Grünzone zählt, machen wir uns selbst etwas vor. Es wird Fläche in die Grünzone eingebracht, die schon versiegelt ist. In Summe also ein doppeltes Minusspiel.

Das ALPLA-Werk in Fußach wurde nach einer Änderung der Landesgrünzone im Jahr 2000 in einer ersten Bauetappe als Neuansiedelung und in der Folge durch eine weitere Änderung im Jahr 2002 in einer zweiten Bauetappe errichtet. Nun soll der dritte Bauabschnitt folgen. Für die 8000 m<sup>2</sup> verlorener landwirtschaftlicher Fläche aus dem Jahr 2000 konnte keine Kompensationsfläche gefunden werden. Wenn es vor 19 Jahren schon nicht möglich war Ausgleichsflächen in Tallage zu finden, wie sollen dann die 3,73 ha heute adäquat kompensiert werden können? Die Antwort liefert der Erläuterungsbericht und sie lautet „gar nicht“: Die Gemeinde Fußach schlägt als qualitative Kompensation eine bereits bestehende geschützte Naturfläche vor.

Im Bericht zur geplanten Erweiterung von Rauch und Ball in Ludesch wird die Kompensation von Landwirtschaftsflächen im Tal durch Hangbereiche kritisiert. Hangbereiche mit deutlich geringerer Bodenklimazahl können im Hinblick auf das Ziel der Sicherung der Erhaltung der räumlichen Voraussetzungen für eine leistungsfähige Landwirtschaft nicht als adäquate Kompensationsflächen gesehen werden, was auch das Projekt Grünzonen.Wert.Ausgleich des Landes Vorarlbergs vertritt, wie im Umweltbericht angeführt: Die Aufnahme von Hangflächen als Kompensationsflächen wurde in der Arbeitsgruppe Grünzone.Wert.Ausgleich als Kompensation von Talflächen nicht der Intention der Grünzone entsprechend verstanden.

### **Stichwort Flächeneffizienz**

Im Zuge der Diskussion wird letztlich immer die Anzahl der Arbeitsplätze als Hauptargument für den öffentlichen Nutzen in den Vordergrund gestellt. Besonders auffällig ist, dass im Fall Fußach/ALPLA eine Größenordnung von 20 Arbeitsplätzen auf 3,73 ha Landesgrünzone entstehen soll. Die Flächeneffizienz auf den Arbeitsplatz bezogen liegt hier jenseits aller vernünftiger Argumente.

Der Platzbedarf der Unternehmen Rauch/Red Bull/Ball in Nüzdiders/Ludesch liegt aktuell bei ca. 10 ha und einer Beschäftigung von 700 MitarbeiterInnen (laut Angabe im Bericht). Auf den weiteren 6,5 ha sollen lediglich 100 neue Arbeitsplätze entstehen. Der Bericht verweist hingegen darauf, dass die dynamische Beschäftigungsentwicklung des Unternehmens Rauch der letzten Jahre durch die geplante Erweiterung fortgesetzt werden kann. Die Zahlen widerlegen das.

In allen drei Erläuterungsberichten steht: Die Entwicklungsperspektiven von Unternehmen und damit auch von Arbeitsplätzen werden wesentlich davon bestimmt, ob und in welchem Umfang Betriebsgebietsflächen verfügbar sind. Doch Erweiterungs- und Neuinvestitionen von Unternehmen mit der Entwicklung zahlreicher neuer Arbeitsplätze gleich zu stellen ist in Zeiten der Automatisierung mehr als fraglich. Durch die steigende Automatisierung nimmt die durchschnittliche Fläche pro Arbeitsplatz in der Produktion deutlich zu. Die im Zuge von Vision Rheintal umgesetzte „Abschätzung des Bedarfs an Betriebsgebieten im Vorarlberger Rheintal bis 2030<sup>2</sup>“ beschreibt, dass in den Jahren 2001 – 2006 im Rheintal 16 ha pro Jahr an Betriebsgebieten neu bebaut wurden, obwohl die Zahl der Beschäftigten im Produktionssektor zurückging. Die Flächeneffizienz lag im Durchschnitt bei 118 m<sup>2</sup> pro Beschäftigten. Auf den Erweiterungsflächen von Rauch/Ball wäre der Flächenverbrauch mit 650 m<sup>2</sup> pro MitarbeiterIn mehr als 5-mal so hoch, bei ALPLA fast 16-mal höher, was jeglichem Anspruch an Flächeneffizienz entbehrt.

Alle Berichte erwähnen, dass durch die Erweiterung der Unternehmen der Wirtschaftsstandort Vorarlberg gestärkt wird. Ob dies aufgrund der zu erwartenden fortschreitenden Automatisierung und der dabei forcierten Branchen und Produkte auch eine nachhaltige Stärkung des Arbeitsmarktes und Wirtschaftsstandorts in Vorarlberg bewirkt, wird nicht kritisch hinterfragt und bleibt offen.

### **Einzelbetrachtung**

Umwidmungen als Einzelfälle zu betrachten verfälscht das Bild über die verlorene Gesamtfläche. Die drei aktuellen Beispiele zeigen, dass freier Raum endlich ist und nicht substituiert werden kann. Flächen zuzubauen und dafür bestehende Flächen als Kompensation vorzuschlagen, vermehrt den Boden nicht. Diese Rechnung geht nicht auf. So wird die gesamthafte Beurteilung der kumulierenden Wirkung – wohlweislich? – vermieden.

### **Landesgrünzone von 1977 – 2035**

1977 wurde die Landesgrünzone nach dem Vorsorgeprinzip verordnet: eine vorbildliche Reaktion auf die heute spürbare Gefährdung der Lebensgrundlage Boden. Sie erfüllt drei zentrale Funktionen: Mit der Grünzone werden Gebiete zur

- a) Erhaltung eines funktionsfähigen Naturhaushalts und des Landschaftsbildes
- b) Erhaltung von Naherholungsgebieten
- c) Erhaltung der räumlichen Voraussetzungen für eine leistungsfähige Landwirtschaft festgelegt.

Der Klimawandel und seine Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft sind die entscheidenden Handlungserfordernisse im Hinblick auf unsere Zukunft. Wir wissen alle um die Bedeutung des Bodens: Kohlenstoffspeicher zur Reduktion des Treibhauseffekts, Wasserspeicher im Kampf gegen Überschwemmungen, Sicherung der Selbstversorgungsmöglichkeit mit Nahrungsmitteln. Gerade lokale Ernten wird unbezahlbar, wenn durch Klimawandel und weltpolitische Ereignisse die Grundversorgung mit Lebensmitteln kritisch wird. Doch werden Böden versiegelt, gehen alle biologischen Funktionen verloren. Die Entsiegelung von Böden ist ein kostspieliger und zeitaufwendiger Prozess: die Neubildung von 1 cm Humus dauert 100 bis 200 Jahre.<sup>3</sup>

### **Appell an die Vernunft und Weitsicht der Gruppe**

Die Entscheidung über die bekannten geplanten Herausnahmen aus der Grünzone (Hydro Extrusion, ALPLA, Rauch/Ball, Liebherr) sehen wir als Weichenstellung für die zukünftige Entwicklung des Landes Vorarlberg: Lebensraum oder Industriestandort, chancenreich oder flächenarm?

Wir fordern eine Bodenpolitik, die sich auf die bestmögliche Nutzung (effizient, u.a. durch Mehrgeschossigkeit, Verdichtung) der gewidmeten Bestände konzentriert. Bei 2.900.000 m<sup>2</sup>

<sup>2</sup> [http://www.vision-rheintal.at/fileadmin/VRuploads/PDF/Themen/Regionale\\_Betriebsgebiete/bb\\_kurzfassung.pdf](http://www.vision-rheintal.at/fileadmin/VRuploads/PDF/Themen/Regionale_Betriebsgebiete/bb_kurzfassung.pdf)

<sup>3</sup> [http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/raumordnung/rp\\_flaecheninanspruchnahme/](http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/raumordnung/rp_flaecheninanspruchnahme/)

an ungenutztem gewidmetem Betriebsgebiet in Vorarlberg darf nicht in die Landesgrünzone ausgewichen werden. Diese Fläche ist seit über 40 Jahren ausgewiesen und statt über ihre Auflösung zu sprechen, müssen wir diesen Schatz bewahren.

Wir haben uns intensiv mit der Landesgrünzone auseinandergesetzt und verstanden, welche Errungenschaft diese Verordnung war und ist. Die Erhaltung von Natur und Umwelt samt Fokus auf die Sicherung der Lebensmittelversorgung gefährdet nicht den Wohlstand, im Gegenteil, dieser wird langfristig durch vernünftigen und nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen erst gesichert. Daher sehen wir das „**Öffentliche Interesse**“ im Schutz und Erhalt bestehender Grünräume. Das hat auch der von BürgerInnen initiierte Bürgerrat zu Grund und Boden gezeigt. Die Mitglieder haben folgende zentralen Forderungen in ihrer Diskussion erarbeitet und als Ergebnis eines in der Landesverfassung festgeschriebenen Instrumentes der Entscheidungsvorbereitung formuliert:

- Es gilt in größeren Zusammenhängen zu Denken und wirtschaftliche Interessen sollen nicht über gesellschaftlichen Interessen stehen.
- Die Fläche innerhalb der Landesgrünzone soll bestehen bleiben, Ausnahmen sollen sich auf ein Minimum beschränken.
- Die Bürgerräte möchten einen adäquaten Umgang mit landwirtschaftlichen Flächen stärken, der die Bodenqualität erhält und eine regionale Versorgung mit hochqualitativen Lebensmitteln sicherstellt. Entsprechend soll eine Berücksichtigung der Ökoland 2020 Strategie gewährleistet werden.
- Abschließendes Fazit: Die Landesgrünzone muss verbindlich erhalten bleiben.

Wir stehen vor einer Richtungsentscheidung. Die einzige Antwort auf Klimawandel und die weltpolitischen Veränderungen kann nur sein, intakte Naturräume und Selbstversorgungsmöglichkeiten zu erhalten und für die nächsten Generationen zu sichern. Als Mitglied des bestehenden Raumplanungsbeirats ist das Ihre Möglichkeit, Vorarlberg als „chancenreichsten Lebensraum für Kinder“ zu positionieren.

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Drucks auf die Ressource Boden ist die Landesgrünzone nach wie vor eine der wichtigsten raumplanerischen Festlegungen der Landesregierung und von hohem Bürgerinteresse. Die Vorgangsweise der Verantwortlichen wird von der Bevölkerung kritisch verfolgt und die Politik daran gemessen, ob langfristige Lösungen erarbeitet werden oder ein Flickwerk zugelassen wird. Landesstatthalter Rüdiger hat die Landesgrünzone zu Recht als eine Erfolgsgeschichte bezeichnet. Schreiben wir sie gemeinsam weiter.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Summer, Mitglied BI  
Kerstin Riedmann, Mitglied BI  
Günter Bernhart, Mitglied BI

LEBEN  
SRAUM  
WEILER

Christoph Aigner, Mitglied BI  
Hildegard Burtscher, Mitglied BI  
Christine Mackowitz, Mitglied BI  
David Schwarzmann, Mitglied BI  
Mathias Zech, Mitglied BI

**INITIATIVE LUDESCH**  
– für einen lebenswerten Walgau

Martin Strele, Obmann  
Sabrina Masal, Schriftführerin



Hildegard Breiner, Obfrau

